

Rolle der sozialschwärmerischen Cassandra

Bürgerversicherung soll Kleinverdiener schonen / SZ vom 22. Mai

Es gibt Hoffnung für alle, die die Stille nach dem Rückzug der allseits so hoch geschätzten Ursula Engelen-Käfer fürchten. Andrea Nahles baut sich als Nachfolgerin auf und hat alle Chancen, die Rolle der sozialschwärmerischen Cassandra zu übernehmen. Das Gesellenstück von Andrea Nahles soll offensichtlich die Einführung der Bürgerversicherung werden. Die SPD ist zu einem reinen Interessenverein ihrer Klientel verkommen mit einem Vorsitzenden, der weder Vision noch Zielsetzung bieten kann, dafür aber immer mehr Aufgaben des Kanzlers übernimmt.

Dementsprechend verlegt sich diese Partei auf Themen, die sie nicht durch rationale Durchdringung der Materie, sondern durch einen kollektiven Betroffenheitskult bewältigt. Sei es die Ausbildungsplatzabgabe oder jetzt die Bürgerversicherung: Der natürliche Drang der Partei nach Schröpfung der so genannten „Wohlhabenden“ hat schon manische Züge, während sie volkswirtschaftlich eine Dummheit ist; einer Beitragspflicht muss auch immer eine Leistung entgegenstehen - die Gesamtrechnung wird eine herbe Enttäuschung werden. Die Folgen scheren Frau Nahles nicht im Geringsten; und so werden uns dereinst diese Entwicklungen belasten, wie uns heute die von Frau Engelen-Käfer so lautstark mitverantworteten Fehlentscheidungen der Rentenversicherung im Magen liegen. Frau Nahles reiht sich würdig ein. Claus M. Müller, Starnberg

Für die einen soll alles ganz schnell gehen - andere Mitglieder von Bundesregierung und Regierungsparteien treten bei der Bürgerversicherung auf die Bremse. Doch warum will Rot-Grün bis 2006 nicht ernsthaft ein Gesetzgebungsverfahren und erst recht keine Umsetzung? An die Einsicht, solch eine gravierende Änderung bei fehlendem Wählerrückhalt als Legitimation nicht durchführen zu dürfen, kann niemand ernsthaft glauben. Auch auf die Einsicht, ein solches Projekt als „Schnellschuss“ wieder nur so unsauber hinzubekommen wie das Arbeitslosengeld II, und dazu auch inhaltlich chaotisch, darf niemand hoffen. Doch weshalb wird die Mannschaft um Andrea Nahles zurückgehalten?

Etwa weil es einfacher ist, mit dem nebulösen Neidargument, die privilegierten Beamten, großverdienenden Selbständigen und schwerreichen Miethaie müssten zur Kasse gebeten werden, in den Wahlkampf zu ziehen, als die Einzelheiten zu erklären?

Einzelheiten wie die, dass zukünftig neben der Steuererklärung eine „Krankenversicherungsbeitragserklärung“ abzugeben sein wird. Oder warum Eigentümer Kapital vernichtender Ostimmobilien trotz der Verluste in früheren Jahren auf zukünftige Mieten Beiträge zahlen sollen, ohne frühere Verluste berücksichtigt zu sehen? Oder die Frage, ob einem Selbständigen mit Verlusten Beiträge ausbezahlt werden? Oder ob für eine leer stehende Wohnung künftig Krankentagegeld und für ein vom Schwamm befallenes Haus eine Handwerker-Kur bezahlt wird?

Nein! Gewünscht ist, dass sich niemand über die Auswirkungen im Klaren ist. Darüber, dass das Weihnachtsgeld von Oma ausfällt, weil die Miete aus ihrer alten Eigentumswohnung dank Beitragsabzug nun plötzlich nicht mehr für den Platz im betreuten Wohnen reicht. Darüber, dass auch Geringverdiener aus ihrem Bausparvertrag Zinsen erhalten. Darüber, dass die Mieten steigen, wenn die Vermieter planwidrige Abzüge hinnehmen müssen und Zins und Tilgung nicht mehr leisten können. Darüber, dass die Beitragsreserven der Privatversicherten einkassiert werden sollen, und darüber, dass bei allen Betroffenen massive Unsicherheit eintritt, die schon heute Investitionen hemmt.

Und vor allem darüber, dass die „Bürgerversicherung“ Geld in ein kaputtes System, in ein Fass ohne Boden schüttet, das in Kürze nach noch mehr Geld verlangen wird. Dass Unsicherheit und neue Belastungen garantiert sind, während spürbare Entlastungen in den Sternen stehen. Dass die privaten Krankenversicherungen dank ihrer Lobby und rechtlicher Ansprüche durch großzügige „Verwaltungsvergütungen“ in einer allgemeinen Bürgerversicherung einen bequemen Platz erhalten werden, während der einzelne Bürger die Kosten ineffizienter Verwaltung zu tragen haben wird.

Wir haben ein Steuersystem, das die nun im Blickfeld befindlichen Einkünfte von Selbständigen, Vermietern oder Beamten erfasst. Dieses System belastet die Stärkeren und sorgt für Umverteilung. Denn entgegen der These von der „Umverteilung von unten nach oben“ zahlen nach wie vor die „oberen“ zehn Prozent der Steuerzahler 50 Prozent der Steuern und die „unteren“ 50 Prozent nur zehn Prozent. Dies ist gerecht und der richtige Ort für sozialen Ausgleich. Leistet das Steuersystem nach Ansicht von Rot -Grün keinen Ausgleich, so ist dort zu reformieren. In einer „Versicherung“ dagegen hat er nichts zu suchen, denn diese kann und wird nur effizient werden, wenn sie rein nach versicherungstechnischen Grundsätzen geführt wird.

So richtig es also ist, nicht nur Arbeitseinkommen mit Beiträgen zu belasten, die dem sozialen Ausgleich dienen, so wenig spricht dies für die Bürgerversicherung. Denn mit der Kopfprämie liegt ein Gegenentwurf vor, der dieses Problem beseitigt und die normale Besteuerung mit ihrer Möglichkeit zum sozialen Ausgleich nutzt, während die „Versicherung“ tatsächlich zu einer solchen wird.

**Diesen grundlegenden Vorteil der „Kopfprämie“, der sie jenseits jeder Neiddiskussion der Bürgerversicherung um Längen überlegen macht, hat zum Glück auch Minister Wolfgang Clement erkannt. Statt Unsicherheit durch Planspiele für 2007 zu erzeugen, sollte Bundeskanzler Schröder die Linksaktivisten um Andrea Nahles hier und heute zurückrufen.
Peter Kreilinger, Regensburg**

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.138, Freitag, den 18. Juni 2004 , Seite 12